

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

gegründet 1826

Freitag, den 4. Oktober 1920

Verbreitung: In Nagold und Umgebung
jedem Haus ein Exemplar
zu liefern.

Preis: 10 Pf. pro Quartal
1/2 Mark pro Halbjahr
3 Mark pro Jahr
Zahlung im Voraus

Telegraphische Anstalt:
Nagold
Telefon: 1112

Nr. 281

Montag den 4. Oktober 1920

94. Jahrgang

Der russisch-polnische Krieg.

Von Oscar Sigloch, z. St. Nagold.

Die Sowjetregierung in Moskau nennt diesen Krieg anders. In den offiziellen Berichten der ausschließlich kommunistischen Presse Russlands heißt es in den Überschriften: „Der Krieg des Russischen (vom Wort Pan-Heer) Volens mit dem Arbeiter- und Bauern-Russland“. Das Wort selbst dagegen bezeichnet den Krieg richtiger, wahrheitsgetreuer, aufrichtiger; im Volksmunde lautet er: russisch-polnischer Krieg. Die erste Benennung hat soziale Tendenz zur Grundlage, die zweite dagegen spricht von nationalen Strömungen im Volke. Dadurch die kassende Wunde zwischen Führer und Volk.

Als noch im Frühjahr der Rotenwechsel zwischen Warschau und Moskau auf dem Gebiete der Friedenswünsche von russischer Seite und der der Grenzveränderungen bis anno 1772 der Polen einen schlechten Ausgang zu nehmen drohte, versuchte die Sowjetregierung Anspielungen auf die von ihr selbst zum Schweigen gebrachten und stark mitgetragenen nationalen Seiten des Volkes zu machen, was ihr auch glänzend gelang, denn bei Beginn der polnischen Offensive glaubten die Russen ihren Napoleon Bonaparte bald gesunden zu haben. Es sei bemerkt, daß die nationale Gesinnung der Russen immer mehr überhand zu nehmen droht und man kann heute schon von einem erheblichen Prozentsatz sprechen, der radikal-patriotisch gesinnt ist, nicht radikal-sozialistisch, denn letzteres war einmal (zu Anfang der Revolution). Man glaubt es nicht wieder Mühe und Anstrengung es der Regierung kostet, den Patriotismus im Volke zu unterdrücken, zu erschöpfen, ein für allemal totzumachen. Ungeachtet des großen Aufgebots von Agitatoren, Propagandisten, die zum größten Teil Nichtstun sind und die äußerst raffinierte und packende Reden schwingen, gelingt es der Regierung doch nicht, den wachsenden Patriotismus zu unterdrücken. Viel dazu beigetragen hat das freiwillige Austreten General Brusilow's der es verstand, die eingeschlämmten Kräfte des Volkes zu wecken. Sein Aufruf an die Offiziere besetzte diese mit den allerschönsten Hoffnungen. Kurz, in der Frage des Krieges mit Polen waren sich alle Klassen so ziemlich einig, mit der Verschiedenheit der Meinungen allerdings über den Ausgang desselben. Die teigertlich gesinnten Elemente (Offiziere, Beamte, Bourgeois und die nationalistische Bauernschaft) erwarteten selbstverständlich eine gänzliche Niederlage und Aufhebung der Polen. Mäßiggestimmte (wie Arbeiter) dagegen glaubten, man brauchte die Polen nur an die Grenze des Reichesgebietes von 1914 zurückzuführen, um einen beiderseitigen günstigen Frieden schließen zu können. Die Kommunisten aber, die regierende Minderheit, hatten zur größten Angst der Polen das Bestreben, unabhängig von Nationalitäten, Polens Hab und Gut zu kommunistieren, was man in Russland mit der Parodie bezeichnet: „Was dir gehört — gehört mir, aber was mir gehört — gehört nicht dir“ (gemeint: solange der Kommunist etwas zu kriegen hat, solange gehört es ihm, ganz gleich welchen Besitzes —, gehört es aber einmal schon dem Kommunisten, dann gehört ihm auch enteignungslos).

Die Meinung der Polen zu ihrem Zusammenstoß mit den Russen konnte man auch sehr gut in Russland selbst feststellen und zwar durch die vielen noch zurückgehaltenen Flüchtlinge von 1914/18, welche zerstreut und in größerer Anzahl in den meisten russischen Städten Arbeit gefunden hatten, wobei hauptsächlich Handwerker und Spezialisten in Frage kamen, die gezwungen wurden, wider ihren Willen die russische Industrie zu unterstützen, trotzdem sie unter polnische Aufsicht gestellt sind und sich stets bei den „Tschernomyshchansk's“ (Strafkolonien) zu melden haben. Die Strömungen unter den Polen sind deartig erobertungs-lustig, habgierig und überpatriotisch-gauvinistisch, daß nur die Annahme bleibt, daß das Ende sein gutes sein wird. Sehr wenige der Polen — in Russland wenigstens — sind davon überzeugt, daß man Selbständigkeit auf die Dauer nur durch vorzügliche Politik mit den Nachbarn erzielen kann und für den Anfang keineswegs seine äußere Kaliblitigkeit verlieren sollte.

So hat der Krieg begonnen, was er jedoch für ein Ende zu nehmen verspricht, ist schwer voraussagen. Jedenfalls könnte ich behaupten (und ich hoffe mich nicht zu irren), daß wie der Krieg auch enden mag, er keineswegs den kommunistischen Trost und Beruhigung bringen wird, im Gegenteil, er wird die Lage derselben äußerst gefährden, denn angenommen die Russen würden siegen, so stürzte der Patriotismus den Kommunismus, umgekehrt, steigt der Volk, so fällt die Regierung durch die Unzufriedenheit und Enttäuschung des Volkes.

Tages-Neuigkeiten.

Deutsche Vorschläge.

Paris, 2. Okt. Der Brüsseler Vertreter des „Petit Journal“ hatte eine Unterredung mit dem deutschen Delegierten Uebig, der bemerkte, daß die deutsche Regierung vorschläge, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu erleichtern: 1. Wir ersuchen darum, daß uns eine größere Tonnage zur Verfügung gestellt wird, um unsere internationalen Verkeh-

wieder aufnehmen zu können; 2. wir betrachten es als unerlässlich, daß unsere Ausfuhr, besonders unsere Kohlen, nicht zum Inlandspreis, sondern zum Preis des Handelsmarktes bezahlt werden; 3. wir ersuchen schließlich um die Rückerstattung der beschlagnahmten Güter, besonders der in England und den Ver. Staaten, Gewährung von Krediten in Sterling oder Dollar, entsprechend dem Werte der beschlagnahmten Güter. Allen in den Ver. Staaten überfahret der Wert des deutschen Eigentums 800 Mill. Dollar. Wenn uns entsprechende Kredite bewilligt werden, werden wir sie zur Einfuhr von Rohstoffen für unsere Industrie verwenden. Wir werden dadurch den Stand unserer Markt verbessern und die Gefahr einer Revolution verhüten. Andererseits könnten wir Frankreich, besonders für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, Fertigkeiten liefern, die für unsere Wiedergutmachung angedeutet werden.

Räumung der 50 Kilometer-Zone.

Berlin, 2. Okt. Aus dem Reichswehrministerium wird mitgeteilt, daß mit dem heutigen Tage die 50 Kilometerzone geräumt und das Heer auf 150 000 Mann vermindert worden ist.

Die neuen Elsas-Lothringischen Wahlen.

Paris, 2. Okt. Die Havas meldet, haben die Generalräte im Elsas gestern die Wahlen für den Konstituierend vorgenommen, den die französische Regierung in Elsas-Lothringen eingeführt hat.

Die Wirkungen des Spaas-Abkommens.

Berlin, 2. Okt. In der „Germania“ heißt es: Mit dem fortwährenden Rückgang in der Befriedigung der Industrie geht unabweisbar ein solcher in der Leistungsfähigkeit Hand in Hand. Da aber mit dem Rückgang der Leistungsfähigkeit notwendigerweise auch die Erzeugung sinkt, wird auch die Möglichkeit der durch den Frieden von Versailles geforderten Wiedergutmachung sehr in Frage gestellt.

Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Belgien und Deutschland?

Brüssel, 2. Okt. Der belgische Handels- und Verkehrsrat hielt gestern eine Sitzung. Auf der Tagesordnung stand die wichtige Frage der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland und des Aufenthaltsstatus der Deutschen in Belgien. — Wie „Soire“ meldet, bemerkte der Vorsitzende Strauß: „Wir treiben mit Afrika Handel, wir können also unter gewissen Bedingungen auch mit Deutschland Handel treiben,“ was mit großem Gelächter aufgenommen wurde.

Verdung für den Völkerbund.

Rom, 2. Okt. Der italienische Minister des Auswärtigen hat die diplomatischen Vertreter Italiens im Ausland in einem Rundschreiben aufgefordert, überall rüchrichtig für den Völkerbund einzutreten. Er betonte vor allem, daß die Erhaltung des Friedens die erste Aufgabe des Völkerbundes sei. Nur wenn der Glaube an die internationale Gerechtigkeit alle Geister durchdringe, können die Beschlüsse des Völkerbundes durch die Aufnahme der ihm noch nicht angehörenden Staaten ausgedehnt werden, daß der von der italienischen Philosophie und Rechtslehre seit Jahrhunderten erstrebte Völkerbund eine verstaatlichte Einheit bedeute.

Russisch-polnische Friedensansichten.

Warschau, 2. Okt. Aus Wigo wird gemeldet: Die Dienstag-Sitzung der Hauptkommission hat die Friedensansichten geschwächt. Die Friedensbedingungen Joffes, die angeblich das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen, dabei aber eine Volksabstimmung nur in Ostgalizien vorsehen, die Länder am Bug dagegen ohne Abstimmung Russland zuerkennen, riefen große Verwunderung hervor.

Spaltung der sozialistischen Partei in Italien.

Mailand, 2. Okt. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ hat der sozialistische Parteivorstand die Frage einer Spaltung der Parteien gestern erörtert. Nachdem mehrere Redner für und gegen sie gesprochen hatten, betonte Bacci, die Moskauer Bedingungen müßten je nach den Verhältnissen der Parteien der einzelnen Länder beurteilt werden. So könne man die Reformisten in Italien nicht mit denen in Frankreich in einen Topf werfen. Graziani meinte, eine etwaige Diktatur des Proletariats in Italien ebenso wie in Frankreich oder England würde eine vollkommene Form erhalten, als man sie in Russland sehe. Hinsichtlich der Festnahme der Seeleute, die den russ. Dampfer „Rodofto“ besetzt hatten, erklärte die Parteileitung, mit dem Seemannsbund zusammenzusetzen.

Erfolge des britisch-russischen Handelsabkommens.

London, 2. Okt. Der „Daily Herald“ meldet, daß sich die Vertreter Großbritanniens und Sowjetrusslands bereits über folgende Punkte des britisch-russischen Handelsabkommens geeinigt haben sollen: 1) Waren jeder Art mit Ausnahme von Kriegsmunition können nach Russland ausgeführt werden, 2) die Schifffahrt zwischen den beiden Ländern fällt unter das allgemeine internationale Befehl, 3) Jeder Staat kann nach dem Gebiet des anderen Handelsagenten schicken, die alle Vorrechte genießen, welche gewöhnlich Konsulen zugewidmet werden. 4) Die britische Regierung sieht von jeder

Beschlagnahme von Waren ab, die Sowjetrußland oder russischen Untertanen gehören. 5) Die Sowjetregierung sieht von der Beschlagnahme aller Waren ab, die Privatpersonen britischer Staatsangehörigkeit gehören. 6) Die Frage der Schulden der juristischen Regierung wird der Friedenskonferenz vorbehalten. 7) Beide Parteien können das Abkommen mit sechsmonatiger Frist kündigen. — Die russische Delegation hat bereits große Aufkäufe von Webwaren und Maschinen bewerkstelligt. Die erste Bezahlung wird in Gold bestehen, das bereits in einer Bank in Moskau deponiert ist. Dieses Gold wird in England zum Marktwert (ungefähr 20 Proz. über dem Nominalwert) angenommen werden nach Abzug der Transport- und Versicherungskosten.

Brüsseler Finanzkonferenz.

Brüssel, 2. Okt. In der Diskussion, welche sich an den Vortrag des französischen Vizepräsidenten Keller anschloß, sprach der belgische Ministerpräsident Delacroix über seine Vorschläge, eine internationale Bank zu gründen, die durch die Ausgabe von Obligationen die Mittel für den Wiederaufbau schaffen sollte. In der Nachmittags-Sitzung sprachen zunächst der Vertreter Rumänien's, dann der von Brasilien. Während das erstere Land ein ungünstiges Bild bietet, zeigt Brasilien alle Anzeichen eines wirtschaftlich gefestigten Staates. Für die französische Delegation sprach Chassan. Sein Bericht ist insoweit bemerkenswert, als er die eigenen Anstrengungen Frankreichs hervorhebt, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete getan wurden. Es seien hierfür rund 21 Milliarden Franken ausgeworfen. Dabei wird auch nicht sonderlich betont, daß auch Deutschland für die Wiederaufbauarbeiten sein Budget noch mit zahlreichen Milliarden belastet und daß Deutschland nach dem Friedensvertrag alle Kosten dieser Aufbauarbeiten zu tragen hat. Auch an sich bietet die französische Finanzlage im Vergleich zu der Deutschlands ein günstiges Bild insoweit, als im laufenden Jahr sich die Ausgaben in bedeutend engeren Grenzen halten und Frankreich sogar einen Teil seiner ausländischen Schuld bedien konnte. Für die italienische Delegation sprach der Senator Ferrari. Hier ist die Finanz- und wirtschaftspolitische Lage als ernst zu bezeichnen, die heute durch die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe noch verstärkt wird. Schließlich sprach der griechische, litauische und chinesische Delegation.

Flüchtige Russen.

Berlin, 2. Okt. Zu der bosnischen Meldung der Wiener Presse, daß von den 140 000 nach Ostpreußen geschickten Bolschewisten nur 12 000 abtransportiert seien, während alle übrigen sich mit der Roten Armee vereinigt hätten, erzählt das W.T.B. von zuständiger Stelle: Die Zahl der übergetretenen Russen beträgt rund 50 000. Diese Anzahl ist auch nach dem inneren Deutschland abbeordert worden. Daß große Massen sich der Internierung entziehen wollten, ist ausgeschlossen. Es kann sich dabei nur um Einzelne oder kleine Trupps handeln. Zur Zeit werden die ostpreussischen Wälder nach verpöngten russischen Soldaten abgesehen.

Bedingung zur Adriafrage.

Paris, 2. Okt. Nach einer römischen Meldung des „Temps“ bestätigt es sich, daß die italienische Regierung mit Serbien unter der Bedingung über die Adriafrage verhandeln will, daß Montenegro am Adriatischen Meer als interessierter Staat zu den Verhandlungen zugezogen wird.

Die Unabhängigen und Moskau.

Berlin, 2. Okt. Die Zentralkommission der U. S. P. D. richtet in der „Freiheit“ einen Aufruf an die Parteigenossen, der sich mit der letzten Ausgabe des Exekutivkomitees der dritten Internationale beschäftigt und eine recht kräftige Sprache führt. Zunächst wird unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht entschieden zurückgewiesen, daß die Moskauer die Früherlegung des Parteitages der Unabhängigen abfällig beurteilen und dagegen protestieren.

Von einer hastigen Abaräumung des Parteitages mit dem Ziel, die Arbeiter der Möglichkeit zu berauben, sich über die streitigen Fragen zu orientieren, könne keine Rede sein. Das seien lächerliche Behauptungen. Die Massen hätten glücklicherweise einen zu großen Einfluß in Deutschland, als daß es möglich wäre, ihre Orientierung zu verhindern. Das Moskauer Exekutivkomitee habe eben vor den Verhältnissen in Deutschland keine Ahnung und sei leichtfertig genug, sich alle Angriffe „gegen die rechten Führer der Unabhängigen“ ungelesen zu eigen zu machen. Um die Aktionsfähigkeit der Partei zu sichern, müsse die Entscheidung über die Moskauer Beziehungen schnell herbeigeführt werden. Auch von einer Vertagung der Hauptprinzipienfragen, der Diktatur des Proletariats, des Kampfes um die Rätebildung usw. könne keine Rede sein. Das sei alles im Leipziger Programm festgelegt. Was allein in Frage stehe, sei das Selbstbestimmungsrecht der U. S. P. Es müsse auch zurückgewiesen werden, daß fortgesetzt aus Moskau Urteilsbriefe nach allen Ländern geschickt würden mit Beschimpfungen aller Genossen, die sichtlich die Verhältnisse in ihren Ländern mindestens ebenso gut kannten wie die Genossen des Exekutivkomitees aus Moskau. Wenn bezüglich der Genossen, die jetzt ihre Fehler eingestehen, Ausnahmen zugelassen würden, so müßten solche entwürdigenden Bestimmungen ganz entschieden zurückgewie-

sein werden, denn wer würde sich als revolutionärer Sozialist bereit finden, ein Gnadengesuch nach Rostau zu schicken? Die Frage, ob die U. S. P. D. mit den revolutionären Arbeitern der ganzen Welt eine Front bilden oder Kapitalneidie bleiben wollen steht nicht zur Entscheidung. Die ganze Partei wolle eine geschlossene Bilanz der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt. Sie sei niemals Gefangene der Agenten des Kapitalismus gewesen und werde es niemals sein. Aber man wolle auch nicht Gefangene der Rostauer Internationale sein. Deshalb werden die Genossen aufgefordert, nur Delegierte zu wählen, die die 21 Rostauer Bedingungen ablehnen.

Baldiger Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung?

Berlin, 2. Okt. Als Folge der letzten Kabinettsbeschlüsse über die Durchföhrung der Sozialisierung im Bergbau, scheint es jetzt mit ziemlicher Sicherheit festzustehen, daß man in absehbarer Zeit mit einem Eintritt der Sozialdemokratie in das Kabinett rechnen muß. In Kreisen der Zentrumsfraktion ist man der Ansicht, daß nunmehr, nachdem ein rein bürgerliches Kabinett die von der Sozialdemokratie immer mit Nachdruck geforderte Sozialisierung des Bergbaus beschlossen hat, die Sozialdemokratie keinen Grund mehr habe, der Regierung fern zu bleiben, was an sich schon deshalb ein Übel sei, weil die Sozialdemokratie nach wie vor immer über die wichtigsten Punkte im Reich verfügt habe. Eine Partei, die sich indirekt an der Regierung beteilige und gerade in Bereichen den Ministerpräsidenten stellt, kann sich nunmehr nicht länger von der Regierung und damit von der Verantwortung fernhalten.

Streik im Berliner Zeitungsgewerbe.

Berlin, 2. Okt. In einer von der „Afa“ einberufenen Versammlung der kaufmännischen und technischen Angestellten des Berliner Zeitungsgewerbes ist der Streik beschlossen worden, der schon früh beginnen sollte. In sämtlichen Berliner Zeitungsbetrieben sind 2500 Stimmen abgegeben worden, davon 2000 Stimmen für den Streik. Anschließend werden sich die Angestellten sämtlicher Berliner Zeitungen an dem Streik beteiligen. Infolge des Beschlusses hat der „Vorwärts“ heute früh nicht erscheinen können, da die Mehrzahl seiner Angestellten nicht zur Arbeit erschienen ist. Auch der „Berliner Lokalanzeiger“ hat die zweite Ausgabe des Blattes, die unter dem Titel „Der Tag“ erscheint, heute ausfallen lassen müssen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände im Zeitungsgewerbe Groß-Berlins hat vorläufig keine Streikparole ausgegeben, weil die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern nicht abgeschlossen sind und der Schlichtungsausschuß noch nicht gesprochen hat. Die Arbeitgeber im Berliner Zeitungsgewerbe hatten, wie wir bereits mitteilten, auf die Forderung der kaufmännischen Angestellten einer 20- bis 50prozentigen Gehaltssteigerung mit der Beanforderung geantwortet, einen Abbau der Gehälter und Löhne um 20 Prozent vorzunehmen.

Die deutschen Wasserstraßen.

Dresden, 3. Okt. Die Wasserstraßen sollten auf den 1. Oktober in den Besitz des Reiches übergehen. Der Termin ist aber jetzt auf den 1. April 1921 verschoben worden. Preußen hat beim Reich für die Abtretung seiner Wasserstraßen eine Entschädigung von 150 Millionen Mark gefordert.

Frankreich und Deutschland.

Berlin, 3. Okt. Außenminister Dr. Simons empfing den französischen Vorkonferenzen, der ihm von der Wahl Millerands und der Ernennung Lyautes Mitteilung machte. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung gab der Vorkonferenzen der Hoffnung Ausdruck, daß demnächst die Verhandlungen über die Fragen der Wiedergutmachung beginnen werden.

Das diplomatische Korps bei Millerand.

Genf, 2. Okt. Der neue Präsident der französischen Republik hat vorgestern in besonders feierlicher Audienz das diplomatische Korps empfangen. Herr Millerand hatte zum ersten Mal bei dieser Gelegenheit den Großkordon der von Napoleon I. begründeten Ehrenlegion angelegt und sich, wie man aus dem „Petit Parisien“ heute erfahren kann, für den besonderen Gebrauch der illustrierten Zeitungen fotografieren lassen. Die fremden Vorkonferenzen, Gesandten und Geschäft-

träger waren in ihren traditionellen, mit Gold und Silber gestickten Fröcken und Zweispitzern erschienen. Die einzige Besonderheit, die sich in dieser buntschwarzen Verkleidung mit demokratischer Einfachheit vorstellte, war der Vorkonferenzen des Deutschen Reiches, Dr. Meyer, der einen schlichten schwarzen Gehrock angelegt hatte und einen ebenso bescheidenen Zylinderhut unter dem Arme hielt.

Von der internationalen Eisenbahnkonferenz.

Wien, 2. Okt. Auf der ersten internationalen Eisenbahnkonferenz in Prag haben die Verhandlungen begonnen. Vorläufig wird die Frage des Transporthverkehrs durch die Tschecho-Slowakei behandelt, bei welcher besonders Deutschland, Österreich und die Tschecho-Slowakei interessiert sind.

Verstärkung der Besatzungstruppen in Oberschlesien.

Basel, 3. Okt. Dem „Winter Journal“ zufolge hat sich der Vorkonferenzen für die Verstärkung der allgemeinen Besatzungstruppen Oberschlesiens für die Dauer der Abstrimmung entschlossen, um die Freiheit der Abstrimmung zu sichern. Der Beschluß erfolgte in Erwägung der letzten Note Deutschlands über Oberschlesien.

Zum New Yorker Bombenattentat.

Kreuzberg, 3. Okt. Die Polizei behauptet, sie habe Beweise dafür, daß die Bombe, die die Explosion in der Wallstreet verursachte, von Mitgliedern des Bundes vom Roten Stern, einer Vereinigung russischer Kommunisten, gelegt worden sei.

Das preussische Wahlgesetz.

Berlin, 3. Okt. Das preussische Staatsministerium hat den Entwurf des preussischen Wahlgesetzes angenommen. Das Gesetz sieht etwa 300 Abgeordnete vor, so daß auf je 50 000 Wähler ein Abgeordneter entfällt. Preußen ist in 74 kleine und 19 Verbandswahlkreise eingeteilt. Wie die Zll. erzählt, werden die Wahlen aus rein technischen Gründen nicht vor dem 10. Dezember stattfinden können.

Die internationale Anleihe an Deutschland verlagert.

Brüssel, 3. Okt. Nach einer Meldung des „Soir“ haben England und Frankreich sich in Brüssel für die Aufnahme einer allgemeinen Zwangsanleihe ausgesprochen. Die deutsche Anregung, an eine internationale Anleihe an Deutschland heranzutreten, wurde für Brüssel abgelehnt.

Eine geplante Waffenverschöndung.

Berlin, 2. Okt. Wie eine Korrespondenz meldet, ist vor einigen Tagen gegen den aus dem Altonahotel bekannten Erbsinger Gottfried von Hohenlohe-Engenburg, einen Rittmeister v. Urnau und Oberleutnant Tölg bei der Staatsanwaltschaft III ein Verfahren wegen beschuldigter Verschöndung von zwei Millionen deutscher Gewehre in Holland anhängig gemacht worden. Die drei genannten Herren wurden am 28. v. Mts. auf Anordnung des Kommissars für die Entwertung, Dr. Peters, verhaftet und der Staatsanwaltschaft zur Vernehmung vorgeführt. Nach Eröffnung des Verfahrens wegen Verschöndung gegen das Entwertungsgesetz vom 7. August 1920 wurden die Festgenommenen vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die beschuldigte Waffenverschöndung ist durch die Kriminalpolizei beim Reichsjustizministerium aufgedeckt worden. Nach den bisherigen Ermittlungen war beschuldigend, zwei Millionen deutscher Gewehre, die in Holland unter Verschöndung liegen, von dort zu verschleusen. Die Gewehre stammen aus dem Kriege, als einzelne deutsche Truppenteile auf holländisches Gebiet übertraten, beim Rückzug der Armee und beim Durchzug der Flandern-Armee große Mengen beschlagnahmt worden waren. Nach den Feststellungen des Reichsjustizministeriums erschien eines Tages der Rittmeister v. Urnau beim Oberleutnant Tölg und erzählte diesem, daß er aus Holland jede beliebige Menge von Gewehren erhalten und weiter verkaufen könne. Oberleutnant Tölg wandte sich an den Erbprinzen Hohenlohe und machte diesem auf Grund der Offerte des Rittmeisters Urnau ebenfalls ein Angebot. Der Erbprinz sagte zu, daß er sich für die Angelegenheit interessieren werde, und legte sich seinerseits mit einem abligen Herrn in Verbindung, den er nur flüchtig kannte und von dem er nicht wußte, daß dieser politisch linksorientiert war. Dieser Herr erstattete sofort bei der Kriminalpolizei des Reichsjustizministeriums Anzeige.

Ein erschütterndes Bild der traurigen Folgen der Hungerhockade.

Jug bei Freiberg, 2. Okt. Die amtärztliche Untersuchung der hiesigen Schulkinder ergab: gut genährt: keine (!), gering ernährt: 29 v. H., stark unterernährt: 63,5 v. H., ganz unterernährt, bezw. krank: 26,6 v. H.

Limbach, 2. Okt. Die ärztliche Untersuchung der Schulkinder ergab, daß über 1600 ausgeprochen, bezw. schwer unterernährt sind.

Logo und Kamerun.

Berlin, 3. Okt. Zeitungsnachrichten, daß Frankreich die ehemaligen deutschen Schutzgebiete Togo und Kamerun zu annektieren beabsichtigt, sind zum Gegenstand einer Anfrage an die Reichsregierung gemacht worden. Die Reichsregierung kennt die fraglichen Zeiten: nachrichten und wird kein Mittel unversucht lassen, auf die Einhaltung der Bestimmungen im Artikel 22 des Friedensvertrages hinzuwirken. Die deutsche Regierung kann jedoch nicht annehmen, daß die französische Regierung mit der Absicht umgehen könnte, die genannten Kolonien zu annektieren. Eine solche mit dem Versailler Vertrag nicht im Einklang stehende Maßnahme würde von der französischen Regierung mit so großem Nachdruck vertretenen Vorkonferenzen der strikten Erfüllung des Friedensvertrages widersprechen.

Württembergische Politik.

Vom milit. Landtag.

Die demotr. Pressekorresp. berichtet zur Einberufung des milit. Landtags (18. Okt.): Die Aufstellung des neuen Etats ist vollendet. Der milit. Staatshaushalt schließt verhältnismäßig günstig ab. Dazu wirken die Holzpreise, aber auch die richtige Steuerpolitik mit, die der Finanzminister im vorigen Jahr gemacht hat. Die erste Aufgabe müßte die Generaldebatte über den Etat und verbunden damit das Schuldenlastengesetz das Gesetz betr. der Verteilung der Schuldenlasten zwischen Staat und Gemeinde und das Ausführungsgesetz zum Bundessteuergesetz sein. In einer Beisprechung der Parteivorkonferenzen mit der Regierung legten die Unabhängigen, die Sozialdemokratie und auch das Zentrum Wert auf die vorherige Besprechung des Generalstreiks in Verbindung mit der Frage der Erwerbslosen. Der Regierung kann es nur erwünscht sein, wenn die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung nochmals nachdrücklich auf die richtige Fällung gelenkt wird, welche die Regierung bei dem Generalstreik einnimmt. An Besuchen kommen in Betracht: ein Besuch über die Zahl und den Beschäftigungsgrad der Ministerien, ferner über die Aufhebung der Arbeiter- und Bauernräte, ein Körperkultur-Abendgesellschaft ein Besuch zur Aenderung der Gerichtsorganisation und zur Regelung der Verhältnisse der Polizeibehörden, vielleicht ein Theaterbesuch. Es ist anzunehmen, daß der Landtag etwa zwei Wochen Plenarsitzungen haben und dann die Ausschussberatungen des Etats sofort vornehmen wird.

Anfrage über die Nahrungsmittelpreise.

Die Sozialdemokratische Landtagfraktion brachte folgende Anfrage ein: Ist der Ernährungsminister bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Maßnahmen getroffen oder in Aussicht genommen sind, um der sprunghaften Steigerung der Preise für die notwendigen Nahrungsmittel wirksam entgegenzutreten und die gefährdete Volksernährung sicherzustellen?

Aus Stadt und Bezirk.

Wichtig für Verkehrstreibende!

Die Wagenbestände, die bisher kostenlos an die Verkehrstreibenden abgegeben wurde, wird künftig nur noch zum Preis von 5 J für das Stück abgegeben. — Die Eisenbahnstationen sind angewiesen, bei der Uebernahme von Kartoffelsäcken an eine deutsche und bayerische Bezeichnung zu achten. Möglichen sollen Tafeln aus Holz verwendet werden, weil Anhängergestell aus Pappe leicht durchreißen und bei der Beförderung der Kartoffeln in offenen Wagen durch Regen aufgeweicht werden. Die Holztafeln sollen mit Blauflüssig beschriebenen werden. Soweit Anhängergestell verwendet werden, müssen ihre Oesen gegen Abreißen ausreichend gesichert sein. Den Abändern ist ferner zu empfehlen, außer der vorgeschriebenen Bezeich-

Hans und Heinz Kirch.

10) Novelle von Theodor Storm.

Ein paar Jahre weiter, da war der späte Nibel der Reichlichen Hauses abgedroht und statt dessen ein volles Stadtwerk auf das Erdgeschloß gesetzt worden. Und bald hauste eine junge Wirtschaft in den neuen Räumen des Oberbaues; denn die Tochter hatte den Sohn eines wohlhabenden Bürgers aus der Nachbarstadt geheiratet, der dann in das Geschäft ihres Vaters eingetreten war. Hans Kirch begnügte sich mit den Räumen des alten Unterbaues; die Schreibstube neben der Haustür bildete zugleich sein Wohnzimmer. Dahinter, nach dem Hofe hinaus, lag die Schlafkammer; so lag er ohne viel Treppensiege mitten im Geschäft und konnte trotz des anrückenden Greisenalters und seines jungen Partners die Fäden noch in seinen Händen halten. Anders stand es mit der zweiten Seite seines Lebens. Schon mehrmals war ein Wechsel in den Magistratspersonen eingetreten, aber Hans Kirch hatte keinen Finger darum gerührt; auch, selbst wenn er darauf angesprochen worden, kein Für oder Wider über die neuen Wahlen aus seinem Munde gehen lassen.

Dagegen schlenderte er jetzt oft, die Hände auf dem Rücken, bald am Hofe, bald in dem Bürgerpark, während er sonst auf alle Spaziergänge nur mit Verachtung herabgesehen hatte. Bei anbrechender Dämmerung konnte man ihn wohl auch draußen über der Stadt auf dem hohen Ufer sitzen sehen. Er blickte dann in die offene See hinaus und sah seinen der wenigen, die vorübergingen, zu bemerken. Trau es sich, daß aus dem Abendrot ein Schiff hervorbrach und auf ihn zukam, dann nahm er keine Mühe ab und strich mit der anderen Hand sich ätzend über seinen grauen Kopf. — Aber nein, es geschah ja keine Wunder mehr; weshalb sollte denn auch Heinz auf jenem Späße sein? — Und Hans Kirch schüttelte sich und trat fast zögernd seinen Heimweg an.

Der ganze Ehrgeiz des Hauses schien jedenfalls, wenn auch in anderer Form, jetzt von dem Tochtermann vertreten zu werden; Herr Christian Martens hatte nicht gerührt, bis die Familie unter den Mitgliedern der Harmoniegesellschaft figurierte, von der bekannt war, daß nur angesehenere Bürger zugelassen wurden. Der junge Wemann war, wovon der Schwiegervater sich zeitig und gründlich überzeugt hatte, ein treuer Arbeiter und keineswegs ein Verschwendler; aber — für einen seinen Mann gelten, mit den Honoratioren einen vertraulichen Händedruck wechseln, etwa noch eine schwarze goldene Kette auf brauner Sammetweste, das mußte er daneben haben. Hans Kirch zwar hatte anfangs sich gestraubt; als ihm jedoch in einem stillen Nebenbühnen eine solide Partie „Sechshundsechzig“ mit ein paar alten seebefahrenen Herren eröffnet wurde, ging auch er mit seinen Kindern in die Harmonie.

So war die Zeit verflohen, als an einem sonnigen Vormittage im September Hans Kirch vor seiner Haustür stand; mit seinem krummen Rücken, seinem hängenden Kopfe und wie gewöhnlich beide Hände in den Taschen. Er war eben von seinem Speicher heimgekommen; aber die Reugier hatte ihn wieder hinausgetrieben, denn durch Fenster hatte er links hin auf dem Markte, wo sonst nur Händler und Kinder liefen, einen großen Haufen erwachsener Menschen, Männer und Weiber, und offenbar in lebhafter Unterhaltung miteinander wahrgenommen; er hielt die Hand ans Ohr, um etwas zu erhörten; aber sie standen ihm doch zu fern. Da löste sich ein starkes, aber ansehnend hochbetagtes Frauenzimmer aus der Menge; sie mochte halb erblindet sein, denn sie lächelte mit einem Krächzton vor sich hin. Gleichwohl kam sie bald rasch genug gegen das kirchliche Haus dahergewandert. „Jule“, brummte Hans abam. „Was will Jule?“

Seidem der Bruder ihr vor einigen Jahren ein größeres Darlehen zu einem Einlaß abgeschlagen hatte, waren Wort und Brauch nur selten zwischen ihnen gewechselt worden; aber jetzt stand sie vor ihm; schon von weitem hatte sie ihm mit ihrer Krücke zugewinkt. Im ersten Antriebe hatte er sich um-

wenden und in sein Haus zurückgehen wollen, aber er blieb doch. „Was willst du, Jule?“ frag er. „Was veranlaßt dich da auf dem Markte?“

„Was die veranlaßt, Hans? Ja, leibst du mir jetzt die hundert Taler, wenn ich dir's erzähle?“

Er wandte sich jetzt wirklich, um ins Haus zu treten.

„Ain, bleib nur!“ rief sie, „du sollst's umsonst zu wissen kriegen: dein Heinz ist wieder da!“

Der Alte justete zusammen. „Wo? Was?“ Nieß er hervor und fuhr mit dem Kopf nach allen Seiten. Die Speditionslerin sah mit Vergnügen, wie seine Hände in den weiten Taschen schlatterten.

„Wo?“ wiederholte sie und schlug den Bruder auf den krummen Rücken. „Komm zu dir Hans! Hier ist er noch nicht; aber in Hamburg, beim Schloß in der Johannisstraße!“

Hans Kirch rüßte. „Weibergewösch!“ murrte er. Siebzehn Jahre fort; der kommt nicht wieder — der kommt nicht wieder!“

Aber die Schwester ließ ihn nicht los. „Ain Weibergewösch, Hans! Der friße Reimerz, der mit ihm in Schlafstille liegt, hat's noch Hans geschrieben.“

„Ja, Jule, der friße Reimerz hat schon mehr gelogen.“

Die Schwester schlug die Arme unter ihrem vollen Busen umeinander. „Zitterst du schon wieder um deinen Geldsack?“ rief sie höhrend. „Et nun, für dreißig Reichsgulden haben sie unseren Herrn Christus verrotten, so konntest du dein Fleisch und Blut auch wohl um dreißig Schilling verrotten. Aber jetzt kannst du ihn alle Tage wiederhaben! Ratshere freilich wird er nun wohl kaum mehr werden; du mußt ihn nun schon nehmen, wie du ihn dir selbst gemacht hast.“

Aber die Frau des Bruders packte ihren Arm; seine Lippen hatten sich zurückgezogen und jetzt das noch immer starke wölbliche Gesicht. „Nero! Nero!“ schrie er mit heiserer Stimme in die offene Haustür, während sogleich das Aufdrücken des großen Hofpandes drinnen hörbar wurde. „Weib, verdammtes, soll ich dich mit Hundsn von der Tür hegen!“

(Fortsetzung folgt.)



nung auf Anhängelosein noch einen Zettel mit der Adresse des Empfängers in die Sacke selbst zu legen, damit bei Verlust der Tafeln Verwechslungen und Verschleppungen ferngehalten werden. — Der Mangel an gedeckten und offenen Wägen ist sehr groß. Die gedeckten Wägen werden hauptsächlich zur Beförderung von Lebensmitteln benötigt. Die Wagenladungsverfrachter werden im Interesse der Allgemeinheit ersucht, die Be- bezug Entladezeit recht auszunutzen, falls aber zu übersteuern.

Post nach Polen. Die polnische Postverwaltung hat die vor einiger Zeit an ihre Postanstalten erlassene Anweisung alle vom Ausland, also auch von Deutschland eingehenden Postsendungen, bei denen Bestimmungsort und Straße nicht polnisch angegeben waren, als unbestimmbar zu behandeln, rückgängig gemacht.

Das Entwaffnungsgesetz. Auch nicht beamtete Privatpostbedienstete werden von der Waffenablieferung betroffen. Nur solche bleiben befreit, die die Handhabung der Jagdpistolen und der polizeilichen Aufsicht über den Bogenschuß übertragen erhielten.

Die neuen Zuckerpreise. Die neuen erhöhten Zuckerpreise treten am 1. November in Kraft. Der Kleinhandelspreis wird sich auf etwa 3,60 M für das Pfund erhöhen.

Kartoffelpreise. Nach den Mitteilungen der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsvereins betrug der Großhandelspreis für sortierte Speisekartoffeln am 30. Sept. 27—29 M für den Jannet als Verladestation. In Hamburg kosteten weiße Speisekartoffeln 28—30 M, gelbe 31—33 M. In Amsterdam notierten am 21. Sept. blaue Neuseeländer-Speisekartoffeln 8,25—8,50 Fl., das sind 80—82,5 M für den Ztr., Inzinkartoffeln 3,75 Fl. = 36,40 M.

Bekämpfung der Herberäuber. In einer Verfügung des Ministeriums des Innern wird die Gasbehandlung bei Ausschuss der Herberäuber als das sicherste und rascheste Mittel zur Bekämpfung der Herberäuber an Ort und Stelle empfohlen. Die Transportkosten nach und von den Begabungsanstalten (Ludwigsburg und Wehlitz) werden von den Amtsverpflichtungen getragen, denen die Fälle wiederum von der Staatskasse erstattet werden.

Prämien für abgelieferte Waffen.

Man schreibt uns: Aus das Distrikts der Entente hin ist Deutschland gezwungen, zurzeit die Entwaffnung der Besatzung durchzuführen. Für Erfüllung dieser in Spaa erheben Forderungen haben die Verbandsmächte eine so kurze Frist gesetzt, daß Deutschland zu allen Mitteln greifen muß, um eine möglichst rasche Herausgabe der Waffen zu erreichen. Der freiwilligen Ablieferung ist durch das Prämiengesetz ein gewisser Anreiz gegeben worden. In der Tat scheint nach den bisherigen Erfahrungen ein großer Teil der Waffen nur der Prämien wegen zu den Sammelstellen gewandert zu sein. Da gibt es Leute, die bei jeder Gelegenheit über die Geldverleihung, die schlechte Lage der Reichsfinanzen losziehen und sich bei der Waffenabgabe ruhig 300, 400, 1000 M ausbezahlen lassen für Waffen, deren rechtmäßiger Erwerb sie wohl kaum nachweisen könnten, wenn nicht das Entwaffnungsgesetz ohnehin den Mantel der Verzeihung darüber ausbreiten würde. Wir wollen sicherlich jedem, der seine Waffen abläsere, die Prämie gönnen und legen auch nichts gegen die Entschädigung derjenigen Verlorenen, die rechtmäßig erworbene Waffen auf Grund des Gesetzes wieder herausgeben müssen; aber eine Anregung sei doch gestattet: Wie wäre es, wenn alle diejenigen, die nach ihren finanziellen Verhältnissen dazu in der Lage sind, und alle jene, die nicht so ganz einwandfrei zu ihrem Waffenerwerb kamen, sich entschließen könnten, auf die Prämie zu verzichten? Reichtlich sah ich an einer Sammelstelle, wie ein Mann zwei Verkleidungsstücke von Geschützen abließerte und dafür 2000 Mark nach den gesetzlichen Bestimmungen ausbezahlt erhielt. Der Mann schob das Geld feierlichst ein, aber dem auszahlenden Beamten gab es einen Stich ins Herz. Wie mag der Mann, der jetzt 2000 Mark vom Reich sich auszahlen läßt, wohl in den Besitz jenes jetzt abgelieferten Reichsguts gekommen sein? Die Schamtränte müßte einem eigentlich ins Gesicht steigen, wenn man mit ansehen muß, wie gewissenlos hier nicht die Verdienste, sondern die Staatsbürger mit dem Gebe der Allgemeinheit umgehen. Vielleicht gibt es doch noch eine Reihe anständiger Leute, welche diese Anregung befolgen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Eßlingen, 2. Okt. Nachdem die Zwangs-Zinnung Eßlingen-Untertürkheim die Forderungen der Gehilfen restlos anerkannt, hat der Arbeitnehmerverband des Feiseur- und Baugewerbes beschlossen, die liegenden Feisestunden abzubauen; die Gehilfen arbeiten von heute an wieder in ihren alten Betrieben.

Stuttgart, 2. Okt. Das Württ. Finanzministerium läßt bei den Verkehrsbeamten zurzeit Erhebungen darüber anstellen ob Rücktritte von Beamten in den Württ. Staatsdienst in Frage kommen, um sich ein Bild machen zu können wie viel Beamte nach Ablauf der in dem Uebereignungsvertrag zwischen Reich und Württemberg vorgesehene Frist von 6 Monaten für eine zeitliche Zurücksetzung in Frage kommen.

Stuttgart, 2. Okt. Die Erwerbslosen veranstalteten Freitag nachm. in Dinkelsäcker Saalbau eine Versammlung. Im Anschluß an die Versammlung zogen einige hundert Erwerbslose auf den Marktplatz. Von der Rathausstafel aus hielten bekannte Kommunisten und Gewerkschaftsvertreter Ansprachen, worin verschiedene Forderungen der Erwerbslosen die man schon aus Plakaten an den Anschlagtafeln kennen gelernt, mit großem Nachdruck vertreten wurden. Ein Redner meinte, wenn die Forderungen nicht erfüllt würden, werde man eine stärkere Massenbewegung als heute entfachen. Und ein anderer bemerkte, die gesamte Arbeiterschaft müsse den Kampf der Erwerbslosen um ihr Recht aufnehmen. Die Menge ging dann in Ruhe auseinander.

Spielplan der Württ. Landestheater.

Großes Haus: Am 5. 10. Der Schatzgräber, am 6. Boheme, am 7. Aida, am 8. Cavalleria Rusticana, Pappalardi, am 9. Die Verführung des Fiesko zu Genoa, am 10. Lannhäuser, am 11. Liselott von der Palz. Kleines Haus: Am 3. 10. Die deutschen Kleinstädter, am 4. Die deutschen Kleinstädter, am 5. Und das Licht scheint in der Finsternis, am 6. Amphitryon, am 7. Die deutschen Kleinstädter, am 8. Und das Licht scheint in der Finsternis, am 9. Konzertabend. Vledet und Duette, am 10. Troilus und Cressida.

Handels- und Marktberichte.

Der Holzmarkt im September.

Allgemeine Lage. Man kann nicht sagen, daß der September eine weitere Verschlechterung der Lage gebracht habe. Sie und doch verurteilten Angaben einer leichten Besserung, daß die Stimmung an Zuversichtlichkeit etwas zugenommen hat. Der Absatz blieb aber immer noch etwas schwach, weil eine sichere Kalkulation nicht möglich ist, solange die Verhältnisse auf dem Holzmarkt eine feste Preisbildung nicht zulassen. Sehr im argen liegen die Verhältnisse namentlich der kleinen Sägewerksbesitzer. Der Auf nach Preisnachschuß und Grundung der Holzgelde wird immer lauter.

Nadelrundholz. Das Geschäft war recht still, in den letzten Tagen erst begannen man größerer Bereitwilligkeit im Einkauf, weil die Vorräte allmählich zusammenschmelzen. So werden sich auch nach und nach die Verkaufspreise bessern können. Das Angebot der Forstverwaltungen blieb gering. Zum Preisabbau konnte sich der Forstiskus im allgemeinen noch nicht entschließen. Für Papierholz brachten die Preise während des Monats ab. Zu 2.0 M p. Ster sind heute genug Vorräte zu erhalten. Die Nachfrage war nicht mehr so stark wie im Vormonate. Am Markt für Grubenholz hielt der Begehr an. Die Preise waren nicht mehr so fest.

Landholz. Bei starkem Angebot blieb die Nachfrage gering. Erst in jüngster Zeit zeigte sich mehr Interesse für einzelne Sorten, so für Linden, Pappeln und Erlen. Eichenholz war weit über den Bedarf angeboten, so daß die Preise sehr gedrückt blieben. Wahrscheinlich bestanden fast nur für Waggon- und Schiffbau.

Schiffware. Während des Monats hielt die Ruhe am Markt an. Ein weiterer Preisrückgang konnte im allgemeinen verhindert werden; doch fanden vielfach kleineren Mengen unter den Tagespreisen statt. Für unsortierte, löslagende Beeteer lauteten durchschnittlich die Angebote auf etwa 400—450 M p. fm. Von manchen Produktionsgebieten meldet man in den letzten Tagen größerer Nachfrage. — Ebenso ruhig war das Geschäft in Bauholz. Die Preise waren am Schlußwälder Stellen durchschnittlich für Holz mit Waldrente etwa 600—600 M, für vollkantiges 620—660 M, für schiffkantiges 670—700 M. Vorratsholz wurde für etwa 425—500 M angeboten.

Gerbstoffmarkt. Zu Anfang des Monats war der Handel mit Gerbstoffen noch sehr schwach, die Preise gedrückt. Besonders blieben die Preise für Fichtenrinde zurück. Seit Mitte des Monats machten sich Anzeichen bemerkbar, die auf größeres Interesse seitens der Gerbereien schließen ließen.

Brennholzmarkt. Die Nachfrage wurde zu Ende des Monats wieder größer. Die Preise hielten ihre Höhe. Durch Ausarbeitung des Brennholzes vom Frühjahr sind noch ziemlich große Vorräte an Brennholz und Strohholz vorhanden.

Arbeitsmarkt. Die Lage hat sich wenig verändert. Da an den Produktionsstätten die Betriebe immer mehr aufschwollen, ohne daß der nötige Absatz vorhanden war, mußte man vielfach zu Arbeitsbeschränkungen greifen, deren Folgen wieder Arbeitsverlängerungen waren. So blieben während des Monats im Holzgewerbe die Anmeldeungen offener Stellen fast durchweg aus. Erst in der letzten Zeit trat in der Holzgewerbetreibenden Industrie eine leichte Entspannung der vertriebenen Arbeitsmarktlage ein.

Ausland. England legt seine ganzen Hoffnungen auf die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland. — Holland zeigt großen Bedarf an schwarzem Weßholz, Holländer- und Weßholz. Der Holzexport Finnlands nimmt immer mehr zu. — In Schweden war das Holzgeschäft recht still.

Büchertisch.

(Auf alle in dieser Spalte angelegten Bücher und Zeitschriften nimmt die Buchhandlung von G. W. Kaiser, Nagold Bestellungen entgegen.)

Der Schwäbische Bund, die neue Monatschrift aus Oberdeutschland (Verlag „Der Schwäbische Bund“, Strecker & Schröder G. m. b. H., Stuttgart) beschäftigt mit dem letzten erschienenen Septemberheft (12) den ersten Jahrgang. Auch dieses Heft zeichnet sich durch Inhalt und bildlich durch Reichhaltigkeit aus; wir erwähnen aus dem Inhalt: Schwäbische Betrachtung: P. Schmid. Ueber die Möglichkeit eines neuen Stils; G. Wintermann, Frau Beatris Schull (Novelle); F. v. Dr. H. Kallier, Aus dem Museum niederländischer Altertümer in Stuttgart; Polizeidirektor Dr. J. Adels, Unsere Jugend; A. H. Bartsch, Landleben. Roman (Schluß); Baurat Dr. Ing. W. P. Fuchs, Die Verteilung in Auerbach; Dr. G. F. Wölflinger, Sittlichkeits-Aneddoten; Beobacht. Dr. A. Felsok-Schubert, 700 Jahre Weinhardsweilbr. Fests. Dr. A. Wölflinger, Aus meinem Leben III; J. Wölflinger, Ueber Bücher und Dichter. Lyrische Beiträge sind von A. Supper, Dr. O. Wölflinger, G. Schmid, M. Schneider und Th. Fuchs veröffentlicht. Vorbildliche Leistungen von Fests. benutzter Eigenart hat uns diese Jahrb., heimatische Zeitschrift erbracht, so daß wir den Bezug auf das angelegentlich empfehlen und den weitererscheinenden Heften wärmste Verbreitung wünschen.

Letzte Nachrichten.

Die Spaltung der württembergischen U.S.P.

Die Landesversammlung der U.S.P. Württembergs, die am Samstag und Sonntag im „Schwabenbräu“ in Cannstatt abgehalten wurde, hat zur Spaltung der Partei geführt. Schon gleich nach der Eröffnung haben die Anhänger der Moskauer Bedingungen gezeigt, daß sie gewillt sind, die Diktatur auszuüben. Sie haben den Antrag gestellt, die Neuwahl des Landesvorstands auf die Tagesordnung zu setzen. Nach heftiger Debatte wurde dieser Antrag angenommen. Als dann der Landesvorstand verlangte, daß ihm Gelegenheit gegeben werde, einen Bericht zu geben, wurde ihm das verweigert. Auch ein Antrag des Vorsitzenden Engelhardt, eine Pause von einer halben Stunde einzutreten zu lassen, um sich mit seinen Freunden zu besprechen, wurde abgelehnt. Darauf forderte Engelhardt die Gegner der Moskauer Bedingungen auf, den Saal zu verlassen. Es gingen circa 70 Mitglieder der Landesversammlung. Die übrigen 170 Delegierten tagten weiter und nachdem der Versuch, Gespiken, der mit der Minderheit gegangen war, zur Erstattung seines Referats, schlagfertig, referierte Städte über die dritte Internationale. Am Samstag wurde dann ein neuer Landesvorstand gewählt. Die Minderheit tagte in einem anderen Lokal und erstellte eine Proklamation, in der sie sich als die rechtmäßige U.S.P. Württembergs erklärt und dem Landesvorstand das Vertrauen ausspricht. Sie nahm ein Referat Crupiens entgegen und leitete Maßnahmen ein, um die Weiterführung der Geschäfte sicherzustellen.

Hindenburg Ehrendoktor sämtlicher deutscher Hochschulen.

Berlin, 4. Okt. Nach einer Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung aus Hannover hat der Rektor der Technischen Hochschule Hannover dem Feldmarschall von Hindenburg zu seinem 73. Geburtstag die Urkunde als Ehrendoktor sämtlicher deutscher Hochschulen überreicht.

Erklärung deutscher Seeschiffvereine.

Hamburg, 4. Okt. Der Verband deutscher Seeschiffvereine erklärt eine Erklärung, in der es heißt, die vom Verein der Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine beschlossene Gründung einer seemannischen Einheitsorganisation auf fundam. tialist. kommunistischer Grundlage, hat wiederholt zu der Vermutung Anlaß gegeben, als stände die Mehrzahl der deutschen

Kapitäne und Schiffsoffiziere mit dieser radikalen Richtung in irgend einer Verbindung. Demgegenüber halten wir fest und sehen es als eine dringende Pflicht vor der Öffentlichkeit an, festzustellen, daß der Verband deutscher Seeschiffvereine, welchem über 2000 deutscher Kapitäne und Offiziere angehören, das Zustandekommen dieser seemannischen Einheitsorganisation auf das Tiefste bedauert, weil er von ihrer Schädlichkeit für die ganze deutsche Seeschiffahrt überzeugt ist.

Verschiebung in der französischen Militärmission.

Paris, 4. Okt. Journal meidet, daß der Führer der französischen Militärmission bei der polnischen Regierung, General Henry, abberufen und durch General Misset, 3. J. Befehlshaber des 19. algerischen Korps ersetzt worden ist.

Taijun in Japan.

Tokio, 4. Okt. Ueber Japan ist eine Wasserhohe niedergegangen; man glaubt, daß der Taijun auch Tokio erreichen wird.

Ungerechtfertigter russischer Protest.

Riga, 4. Okt. Joffe hat an den polnischen Delegationsvorsitzenden Domszko einen Brief gerichtet, in dem er Aufforderung über die Verzögerung der Verhandlungen verlangt u. Polen für die Fortdauer der Kampfhandlung verantwortlich macht. Domszko hat in seinem Antwortschreiben ausgeführt, daß die Russen diese Verzögerung durch die Aenderung ihrer ursprünglichen Absichten selbst verursacht hätten.

Vor der Wiederaufnahme unserer wirtschaftlichen Verhandlungen mit Frankreich.

Paris, 4. Okt. Bei Besprechung der vorgestern zwischen dem deutschen Botschafter Mayer und dem Ministerpräsidenten Lequyer stattgehabten Unterredung erklärt „Journal des Debats“, daß jedenfalls demnächst die deutsch-französischen wirtschaftlichen Verhandlungen wieder aufgenommen werden würden.

Neuer Streik in Bilbao.

Bilbao, 4. Okt. Die Metallarbeitergewerkschaft beschloß heute den Generalstreik. 35000 Arbeiter feiern. Alle Fabriken und Metallschmelzen stehen still. Es arbeiten nur die zur Instandhaltung der Hochofen unentbehrlichen Arbeiter. Es herrscht Ruhe.

Unsere Flottenabgabe.

London, 4. Okt. Die Auslieferung der deutschen Flotte an die Alliierten wurde heute vormittag durch das Eintreffen einer Reihe von deutschen Schiffen — darunter fünf Kreuzer — im Firth of Forth vervollständigt. Die Kreuzer sind „Albatros“, „Stettin“, „Danzig“, „Angsburg“, „München“.

Zusammentritt des Völkerbundsrats.

Berlin, 4. Okt. Nach einer Radiomeldung aus Riga tritt der Rat des Völkerbunds in Brüssel am 14. Oktober zusammen.

Benotwendete wesentl. Veränderung des engl. Kabinetts.

London, 4. Okt. „Morning Dispatch“ berichtet, daß englische Kabinett werde jedenfalls zu einem späteren Zeitpunkt wesentliche Veränderungen erfahren. Eine Anzahl Minister würde die Regierung verlassen, darunter Balfour, Lord Milner, Sir Eric Geddes und der Minister des Innern, Shortt.

Die Schaffung eines internationalen Finanzorganismus.

Paris, 4. Okt. Wie Havas aus Brüssel meldet, sei es jetzt schon fast sicher, daß die Finanzkonferenz sich für die Schaffung eines ständigen internationalen Finanzorganismus aussprechen werde, der unter dem Schutze des Völkerbundes das Werk der Konferenz von Brüssel fortsetzen werde.

Der 7. Weltpostkongress in Spanien.

Madrid, 4. Okt. (Havas. — Briefpatet eingetroffen.) Am 1. Oktober eröffnete der König den 7. Weltpostkongress im Finanzpalais. Der Schließungsfeierlichkeit wohnten das diplomatische Korps, zahlreiche spanische Persönlichkeiten und Gäste bei. Der Minister des Innern entbot den Kongressteilnehmern den Willkommgruß. Dann ergriff König Alfons das Wort. Er sagte u. a.: Die Post ist ein Symbol der Friedens. Während des Krieges vollbrachte sie eine Mission der Nächstenliebe und der Eintracht. Die Post hat meine verschiedenen Anstrengungen zur Vinderung des Unglücks unterstützt und aus diesem Grunde habe ich ihr ein liebevolles Andenken bewahrt. Heute aber ist der Krieg vorbei und die nämliche Institution stellt nunmehr die im Kriege unterbrochenen Beziehungen zwischen den Menschen aller Länder wieder her. Die Rede des Königs wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Hier die Schriftleitung verantwortlich Reichlich Wilhelm G. H. m. H. Nagold. Druck von Verlag der G. W. Kaiser'schen Buchdruckerei (Karl Keller, Nagold).

Nagold.

1259

Adolf Bauer, Iridologe

(Erkennen der Krankheit in den Augen ohne zu fragen)

Homöopathische Behandlung

hal jeden Mittwoch Sprechstunden

vormittags: von 10—11 Uhr

im Gasthaus zur Linde, Nebenzimmer.

Marmorwerk Teinach

Ernst Bischof, früher C. Prassler

empfiehlt sich im

Anfertigen von Waschtischgarnituren

in weißem und farbigem Marmor

bei sauberster Ausführung u. billigen Preisen.

1161

Verlangen Sie Preise!



